Liebe Genossinnen und Genossen,

DIE LINKE ist eine antifaschistische Partei, die sich aktiv gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Rechtspopulismus, antimuslimischen Rassismus und alle weiteren menschenverachtenden Ideologien engagiert. Mit dieser Arbeitsmappe möchte der Landesvorstand den Kreisverbänden eine Grundlage für die weitere Arbeit geben und einen Vorschlag machen, wie bereits vorhandene antifaschistische Aktivitäten verstärkt oder neue Bündnisse vor Ort initiiert werden können. Wir werden auf Landesebene eine Materialsammlung erstellen, die zukünftig für euch abrufbar sein wird und wir geben in dieser Mappe Tipps, wie ihr euch aktiv in die antifaschistische Arbeit auf Landesebene einbringen könnt. Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit!

No pasaran! 17.12.2012

Inhalt

Wir sind alle AntifaschistInnen! 2

Brief an die KVen, Ratsfraktionen und alle interessierten Mitglieder 3

Warum blockieren statt ignorieren? 4

Solidarität ist eine Waffe: Rote-Hilfe Mitglied werden! 6

Werdet aktiv und schmiedet Bündnisse 6

Gelebter Antifaschismus 7

LAG „Antifaschismus“ 8

Erste-Hilfe-Kit bei Naziangriffen auf Parteibüros 10

Prävention: Was können wir im Vorfeld tun? 10

Glasversicherungen 11

Stellt Kontakt zur Antifa und MirgantInnengruppen her 11

Erstellt eine Telefonliste 12

Was tun nach einem Angriff 13

Geht an die Öffentlichkeit! 13

Anhang 14

Kontakt 17

Wir sind alle AntifaschistInnen!

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ – das ist die Kernaussage des Buchenwald Schwurs, dem auch wir LINKE uns zutiefst verbunden fühlen. „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“, so heißt es im Schwur der befreiten Buchenwaldhäftlinge. Auch für DIE LINKE ist gelebter Antifaschismus verbunden mit dem Kampf gegen Kriegstreiberei, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus. Als LINKE sind wir InternationalistInnen, die sich aktiv gegen menschenverachtende Ideologien einsetzen.

Konkret bedeutet dies, dass wir in unserer täglichen politischen Arbeit auf allen Ebenen, ob in Bündnissen, Bürgerbewegungen und –initiativen oder im Parlament gegen Faschismus und Rassismus kämpfen. Dabei sind wir keine Partei, die den Antifaschismus dem Staat überlässt, sondern fordern ganz offen dazu auf, für die Freiheit und für das Leben ohne Faschismus und Rassismus auf die Straße zu gehen, Nazi-Aufmärsche zu blockieren und rassistische Parteien wie die NPD zu verbieten. Wir sind uns allerdings darüber bewusst, dass Verbote die gesellschaftliche Auseinandersetzung nie ersetzen können und so ist das NPD Verbot nur eine von vielen Forderungen, für die wir eintreten. Die Verstrickungen des deutschen Inlandsgeheimdienstes, dem Verfassungsschutz, in die militante rechte Szene und die NPD zeigen deutlich, dass ein Verbot allein, kaum ein wirksames Mittel gegen rechte Selbstorganisation sein kann. Militanz und rechte Gesinnung lässt sich nicht verbieten. Wir setzen uns daher für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer Bildungsarbeit, sowohl in der Schule als auch im außerschulischen Bereich ein. Wir stehen für eine aktive Antidiskriminierungspolitik und treten für mehr Demokratie, Partizipation und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen ein.

Als antifaschistische Partei müssen wir allerdings auch gegen die Gleichsetzung linker Ideen mit faschistischen Ideologien kämpfen. Durch die sogenannte „Extremismustheorie“ wird vom bürgerlichen Staat genau dies versucht: Linke und Rechte sind nach seiner Auffassung die „extremen“ und damit unliebsamen Ränder unserer Gesellschaft, deren Mitte gestärkt werden müsste. Ignoriert wird dabei stets, dass der Nährboden für rechte Ideologien aus der Mitte der Gesellschaft erwächst. Diesen Nährboden gilt es gemeinsam anzugreifen, um jeglichem Rassismus das Wasser abzugraben.

Wir sind alle AntifaschistInnen und treten ein für einen sozialistischen Antifaschismus, der internationalistisch, antikapitalistisch und antimilitaristisch ist.

Weitere Informationen zum Thema Antifaschismus in der LINKEN
http://www.dielinke-nrw.de/nc/themen/antifa/
http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/bagrechtsextremismusantifaschismus/

Brief an die KVen, Ratsfraktionen und alle interessierten Mitglieder

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Antifaschismus geht uns alle an, ob in der Kneipe nebenan, in unserem Kreisverband oder auf der Straße. Der Nährboden für Rassismus und Faschismus findet sich in der Mitte der Gesellschaft und nicht an deren vermeintlich extremen Rändern. Auch DIE LINKE wird in der Öffentlichkeit gerne als extremistische Partei eingestuft, die das System stürzen will. Es ist richtig, wir sind der Überzeugung, dass in diesem kapitalistischen System kein menschenwürdiges Leben für alle möglich ist. Daher setzen wir uns für eine radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche ein. DIE LINKE steht für eine Ausweitung der Demokratie, nicht für deren Einschränkung und das unterscheidet uns grundlegend von rechten Demagogen, Kriegstreibern und Kapitalisten.

Als Partei und Fraktion stehen wir in unserem Kampf gegen Rassismus und Faschismus daher fest an der Seite der außerparlamentarischen Bewegung, denn wir wissen, dass entscheidende gesellschaftliche Veränderungen nicht im Parlament beschlossen werden. Gemeinsam stellen wir Anfragen an die Landesregierung, die immer wieder wichtige Informationen zu Tage fördern, mobilisieren zu Demonstrationen gegen Rechts und engagieren uns aktiv bei Anti-Nazi-Blockaden wie etwa in Dortmund oder Dresden. Wir klären auf über die neue rechte Szene und machen mobil wenn Rechtspopulisten wie Sarrazin ihren Rassismus und antimuslimischen Hass an die Bevölkerung weitergeben wollen. Eines ist spätestens seit den Verwicklungen der Verfassungsschutzbehörden in die Mordserie der NSU klar: Antifaschismus dürfen wir nicht dem Staat überlassen!

Im kommenden Jahr (März 2012) werden wir daher zur landesweiten Koordination unserer antifaschistischen Arbeit die LAG Antifa gründen. Ihr seid bereits jetzt alle herzlich dazu eingeladen, hier mitzuarbeiten. Ein Anschreiben mit den genauen Daten geht euch rechtzeitig zu!

Auch im kommenden Jahr werden sich wieder Faschisten in Dortmund und Dresden versammeln, um ihre menschenverachtende Ideologie in der Öffentlichkeit zur Schau zu stellen. Als LINKE werden wir nicht müde, uns diesem Hass aktiv entgegenzustellen und uns für die Freiheit für alle auf die Straße zu setzen. Der zivile Ungehorsam gegen Faschismus und Krieg ist eine unserer historischen Aufgaben.

In dieser Arbeitsmappe haben wir euch Grundlagentexte und Tipps für die antifaschistische Arbeit zusammengestellt. Ihr findet hier zum Beispiel Argumentationshilfen zum Thema Anti-Nazi-Blockladen, Links zu weiterführenden Materialien und einen Leitfaden für den Schutz von Parteibüros. Wir hoffen euch damit ein gutes Angebot für den Ausbau eures Engagements zu bieten.

Mit antifaschistischen Grüßen

Katharina Schwabedissen
Landessprecherin | DIE LINKE. NRW

Azad Tarhan
Jugendpolitischer Sprecher | DIE LINKE. NRW

Ulla Jelpke
Innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag| DIE LINKE. MdB

Anna Conrads
Innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion NRW | DIE LINKE. MdL

Wolfgang Zimmermann
Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion NRW | DIE LINKE. MdL

Warum blockieren statt ignorieren?

DIE LINKE steht in der Tradition des Widerstands. Auch über fünfzig Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges gehören faschistische Parolen leider immer noch nicht der Vergangenheit an. In Dortmund demonstrieren am Anti-Kriegstag jedes Jahr aufs Neue Faschisten und rekrutieren dadurch Jugendliche. Dortmund hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Hochburg militanter Neonazis und autonomer Nationalisten entwickelt. Brutale Übergriffe auf MigrantInnen und linke Jugendliche, auf GewerkschafterInnen und politisch aktive Menschen, auf alternative Buchläden und Parteibüros, ja sogar auf Wohnungen von AntifaschistInnen gehen weiter und nehmen an Brutalität zu. Im Jahr 2011 gab es im Vorfeld der Mobilisierung zum Antikriegstag mehr Übergriffe von Nazis als je zuvor. In Dortmund hat sich im Stadtteil Dorstfeld ein Nazi-Kiez etabliert, wo alternative Jugendliche nicht mehr unbehelligt leben können. Eine solche Entwicklung dürfen wir nicht ignorieren. Was sonst passieren kann, sehen wir am Beispiel Dresdens: Dort konnten Nazis bis ins Jahr 2009 nahezu unbehelligt ihre hetzerische Geschichtsverdrehung propagieren: 10.000 Nazis demonstrierten und randalierten 2009 in der Elb-Stadt. Sie instrumentalisieren die Trauer um die Opfer des Krieges für ihre Zwecke und wollen in Gedenken an die Bombardierung Dresdens einen Trauermarsch durch die Innenstadt führen. Dabei ignorieren sie, dass der Krieg von Nazideutschland ausging und am 13. Februar 1945 zurückkam. 2010 gelang es erstmals die Nazis durch eine Massenblockade zu stoppen. Ob Dresden oder Dortmund, DIE LINKE war auf allen Ebenen ein wesentlicher Akteur bei der Organisation und Durchführung der Massenblockade und sollte es auch zukünftig sein.

Manche sagen, die FaschistInnen hätten das Recht, ihre rassistische, nationalistische und menschenverachtende Ideologie weiterhin öffentlich zu vertreten. Das müsse und könne unsere Demokratie aushalten. Wir sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Es ist legitim und unsere Pflicht gegen faschistische Aufmärsche auf die Straße zu gehen und sie zu blockieren. Der Verbreitung von faschistischer Politik muss entschieden entgegengetreten werden. Aufrufe zu Rassismus und Fremdenhass verhöhnen die Opfer des Naziterrors und heutiger rechter Gewalt. Nie wieder dürfen wir Nazis unsere Straßen überlassen. Viel zu lange haben wir sie in Städten wie Dortmund oder Dresden gewähren lassen. So konnten sie ihre rassistischen Gedanken verbreiten und den Nährboden für Faschismus ein weiteres Mal ausbringen.

Um den Nazis auf den Straßen Einhalt zu gebieten, haben sich Massenblockaden als effektives Mittel erwiesen. Entscheidend hierbei ist ein transparentes Konzept und die Entschlossenheit vieler, die sich den Nazis in den Weg stellen. Die Legitimität einer solchen Blockade ergibt sich aus der deutschen Geschichte. Sie ist eine Form der Zivilcourage, die von uns erwartet wird. Am 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, sagte einer der Redner: „Wir wollen und wir werden

nicht zulassen, dass Unrecht und Gewalt, dass Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land jemals wieder eine Chance bekommen“.

Durch eine breite, spektrenübergreifende und solidarische Mobilisierung schützten wir uns dabei gegen Kriminalisierungsversuche. Wir setzen dadurch ein massenhaftes und effektives Zeichen gegen Nazis. Wir machen ihnen die Straße durch unsere Blockade streitig und zeigen ihnen, dass wir sie nie wieder gewähren lassen werden. Wir haben die Lehre der Geschichte verstanden und werden ihnen nie wieder die Möglichkeit geben, sich auf unseren Straßen als Ordnungsmacht zu inszenieren.

DIE LINKE unterstützt daher breite Bündnisse wie etwa „Dortmund stellt sich quer“ oder „Dresden Nazifrei“, denn nur durch eine effektive Blockade der rassistischen Hetze können wir den Nazis Einhalt gebieten. Mit sogenannten antifaschistischen Festen fern ab der Nazi-Route wird ihnen der öffentliche Raum nicht streitig gemacht. Die Linksjugend [`solid] nrw hat zusammen mit dem SDS die Broschüre „BLOCK FACISM“ herausgebracht, die durch einfach geschriebene und interessante Hintergrundtexte einen leichten Einstieg in das Thema bietet. Die Broschüre kann über die Internetseite der Linksjugend [`solid] nrw bestellt werden.

Weiterführende Texte zum Thema Anti-Nazi-Blockade unter den folgenden Links:

- Linksjugend [`solid] nrw / SDS:
  BLOCK FACISM
- Grundrechtekomitee:
  Geschichte und Begründung des Zivilen Ungehorsams
- Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena:
  Diskussionstext zu Zivilem Ungehorsam gegen rechtsextreme Aufmärsche

Solidarität ist eine Waffe: Rote-Hilfe Mitglied werden!

Fast alle AktivistInnen, die regelmäßig zu antifaschistischen Demonstrationen oder Kundgebungen gehen, haben bereits Erfahrung mit den Repressionsorganen des Staates gemacht. Schnell sind auch bei einer harmlosen Demo wegen irgendwelcher Kleinigkeiten oder Rangeleien die Personalien aufgenommen und wenige Wochen später flattert ein Aschreiben der Polizei ins Haus, das dazu auffordert, Aussagen zu einem Sachverhalt zu machen – entweder als Beschuldigter oder als Zeuge. Was tun? Nicht alle wissen in einem solchen Fall, dass sie grundsätzlich keine Aussage bei der Polizei machen müssen.

Als LINKE die in Bewegung ist und die außerparlamentarische Aktion sucht, braucht es eine solidarische Organisation, die Genossinnen und Genossen im Repressionsfall berät und unterstützt.

Die Rote Hilfe ist eine solche strömungsübergreife Solidaritäts- und Antirepressionsorganisation. Sie informiert über Verfolgung gegen Linke in der BRD und international. Zudem unterstützt sie Personen, die von Repression betroffen sind. Sie steht euch mit Beratung, anwaltlicher Betreuung und finanzieller Unterstützung zur Seite. Da sich der Verein ausschließlich über Mitgliedsbeiträge finanziert, sollten alle linken AktivistInnen hier Mitglied werden. Auch ein kleiner Monatsbeitrag trägt dazu bei, dass Repressionsbetroffenen schnell geholfen wird! Also: Werdet Mitglied der Roten Hilfe.

Werdet aktiv und schmiedet Bündnisse

Antifaschistische Arbeit lebt vom gegenseitigen Austausch! Wir wollen voneinander lernen, Kontakte knüpfen und solidarisch gemeinsam über alle ethnischen und kulturellen Grenzen hinweg gegen Faschismus kämpfen – denn Rassismus und Faschismus gibt es überall. Ungezwungenes Kennenlernen ist das A und O für den Aufbau einer langfristigen solidarischen Zusammenarbeit. Ladet befreundete initiativen, Vereine oder Einzelpersonen zum Beispiel zu einem antifaschistischen Frühstück, zu einem Input-Referat oder einer Aktion ein. Als Partei haben wir meist mehr Möglichkeiten Räume zur Verfügung zu stellen, als andere Initiativen. Falls es Vorbehalte gegen DIE LINKE geben sollte, geht zu den Menschen hin und bietet eure Unterstützung an. Wir stehen euch dabei gerne mit Rat und Tat zur Seite!

Ihr wisst vor Ort meist sehr gut, welche Partner für eine gemeinsame antifaschistische Praxis in Frage kommen und welche nicht. In vielen Städten gibt es zum Beispiel bereits Initiativen, Vereine oder Netzwerke gegen Rechts. Falls diese aus welchen Gründen auch immer nicht für eine solidarische Zusammenarbeit taugen, solltet ihr nicht davor zurückschrecken, selbst die Initiative zu ergreifen! Wichtig für den Aufbau eines langfristigen und starken Bündnisses gegen Rechts ist, sich breit aufzustellen. Das heißt, dass wir versuchen sollten, aus den unterschiedlichsten Spektren, von der autonomen Antifa, über Migranten-Organisationen bis hin zu GewerkschafterInnen, Menschen für die

antifaschistische Zusammenarbeit zu gewinnen. Jede dieser Gruppen arbeitet meist bereits für sich zu diesem Thema, jedoch nur selten über den eigenen Tellerrand hinaus. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigt ganz klar, dass wir nur zusammen stark sind. Eine lebendige Bündnisarbeit, in der wir einander respektieren und solidarisch ohne Ausgrenzung einzelner Gruppen gemeinsam agieren, ist die beste Vorbereitung für den Ernstfall, wie zum Beispiel einen Naziaufmarsch in eurer Stadt. DIE LINKE kann zwischen den unterschiedlichen Spektren als Vermittler auftreten und so die kleinen Teile antifaschistischer Arbeit zusammenführen. Das ist unsere Stärke, die wir in ein solches Bündnis tragen sollten.

Durch unser stetiges Engagement gegen Rechts und die starke Unterstützung von Bündnissen wie „Dresden Nazifrei!“ oder „Dortmund stellt sich quer“ werden wir in weiten Teilen der autonomen Antifa als glaubwürdige und verlässliche Partner in der antifaschistischen Bewegung akzeptiert. Gleichzeitig haben wir Kontakte zu bürgerlichen Organisationen, Gewerkschaften und durch unseren parlamentarischen Arm auch die Möglichkeit immer wieder Anfragen zu stellen und Öffentlichkeit zu schaffen. Das sollten wir nutzen, um breite Bündnisse zu stützen!

Die erfolgreichen Anti-Nazi-Blockaden haben gezeigt, dass weder das militante Kleingruppenkonzept autonomer Gruppen, noch die bürgerliche Symbolpolitik Nazis effektiv bekämpfen. Was im Großen für die Vorbereitung einer Massenblockade funktioniert hat, gilt auch für die kleinteilige Arbeit vor Ort. Rassismus und Faschismus muss in der Mitte der Gesellschaft bekämpft werden, denn hier findet sich der Nährboden für die menschenverachtenden Ideologien der alten und neuen Nazis.

Gelebter Antifaschismus

… das bedeutet: **RAUS AUF DIE STRAßE**! Kundgebungen oder Demonstrationen und Mahnwachen sind Möglichkeiten, Antifaschismus in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Nicht alle GenossInnen wissen jedoch, wie das praktisch funktioniert. Was muss man bei einer Anmeldung beachten? Muss ich zu einem Kooperationsgespräch und was wird da eigentlich kooperiert? Was passiert mit mir, wenn aus meiner angemeldeten Demonstration heraus „Straftaten“ begangen werden? All das sind Fragen, die nur wenige beantworten können und viele davon abhält selbst auf der Straße aktiv zu sein. Im nächsten Jahr wollen wir euch in den Kreisverbänden in diesem Thema fit machen und kommen mit Teams zu euch. Wer sich schon einmal darauf vorbereiten will, kann sich die Broschüre der Roten Hilfe e.V. durchlesen: „Was tun wenn’s brennt?! – Rechtshilfetipps“

Wir hoffen euch mit unseren Teams mehr Sicherheit in solchen Fragen zu geben und euch damit zu ermutigen, auch in Bündnissen Hilfe als Anmelder anzubieten. Wichtig ist, dass wir als LINKE auch in der Fläche als antifaschistischer Akteur auftreten können und ihr in eurer Region sichtbar seid. Letztlich ist die Erfahrung auf der Straße, auch in stressigen Situationen einen kühlen Kopf zu bewahren, auch für jeden anderen thematischen Bereich wichtig. Durch eine solche **Regionalisierung** schaffen wir es, die antifaschistische Aktion stärker zu verankern und uns als Akteur zu etablieren. Um uns die Kommunikation zu erleichtern, würden wir uns freuen, wenn ihr uns jeweils eine Genossin oder einen Genossen meldet, der/die bei euch für das Thema „Antifaschismus“ zuständig ist oder sein will. Meldet euch einfach bei azad.tarhan@dielinke-nrw.de oder unter landesgruppe@dielinke-nrw.de.

Wir können euch dann gerne auf unseren Verteiler aufnehmen und versorgen euch mit allen wichtigen Informationen.

Falls ihr nicht ohnehin schon Kontakte zu antifaschistischen Gruppen vor Ort habt, könnt ihr folgende Gruppen kontaktieren, mit denen wir schon auf Landesebene erfolgreich zusammen gearbeitet haben: DIDF, ver.di, DGBjugend AK Rechtsextremismus, usw. Wir vermitteln hierzu gerne entsprechende Kontakte. Meldet euch auch hierbei einfach bei azad.tarhan@dielinke-nrw.de oder unter landesgruppe@dielinke-nrw.de.

LAG „Antifaschismus“

Auch innerhalb unserer eigenen Struktur müssen wir für Bildungsarbeit und Wissenstransfer sorgen. Im Bereich Antifaschismus gibt es zurzeit leider keine Landesarbeitsgemeinsschaft (LAG), die die Arbeit koordiniert. Am **1. März 2012 | 18 Uhr** wollen wir diese LAG neu gründen und laden euch bereits jetzt dazu herzlich nach **Bochum** in unsere Räumlichkeiten (Kortumstr. 106) ein. Ein ausführliches Anschreiben mit Tagesordnung wird euch rechtzeitig zugehen – ihr könnt euch den Termin aber bereits vormerken! Weiter unten findet ihr schon mal unsere Einladung ohne Tagesordnung.

LAGen verstehen sich als offene Arbeitsgruppen in der Partei "Die LINKE" für Menschen. In der LAG Antifa wollen wir handlungsorientiert arbeiten und sowohl "dem Kampf um die Köpfe" als auch dem "Kampf um die Straße" etwas entgegensetzen. Die enge Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen versteht sich dabei von selbst und soll fester Bestandteil der LAG in NRW werden.

Unsere Arbeitsfelder können wir bei der Gründung festlegen. Um eine Grundlage zu haben, sollten wir aber langfristig sicher eigene Informationsmaterialien für unsere Gliederungen erarbeiten, antifaschistische Aktivitäten in der Partei initiieren, fördern und unterstützen. Dazu gehören Diskussionen, Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten und vieles mehr.

Beim Arbeitsfeld „Antifaschismus“ gibt es natürlich große Überschneidungen mit anderen Bereichen, wie zum Beispiel der Migrationspolitik, Inneres und Justiz oder der Friedenspolitik. Auch hier wünschen wir uns einen regen Austausch und gelangen sicher zu einer engen Zusammenarbeit bei unseren Schnittmengen.

Neugründung der Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Antifaschismus geht uns alle an, ob in der Kneipe nebenan, in unserem Kreisverband oder auf der Straße. Der Nährboden für Rassismus und Faschismus findet sich in der Mitte der Gesellschaft und nicht an deren vermeintlich „extremen“ Rändern.

Als Partei und Fraktion stehen wir in unserem Kampf gegen Rassismus und Faschismus fest an der Seite der außerparlamentarischen Bewegung, denn wir wissen, dass entscheidende gesellschaftliche Veränderungen nicht im Parlament beschlossen werden. Gemeinsam stellen wir Anfragen an die Landesregierung, die immer wieder wichtige Informationen zu Tage fördern, mobilisieren zu Demonstrationen gegen Rechts und engagieren uns aktiv bei Anti-Nazi-Blockaden wie etwa in Dortmund oder Dresden. Wir klären auf über die neue rechte Szene und machen mobil wenn Rechtspopulisten wie Sarrazin ihren Rassismus und antimuslimischen Hass an die Bevölkerung weitergeben wollen. Eines ist spätestens seit den Verwicklungen der Verfassungsschutzbehörden in die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) klar: Antifaschismus dürfen wir nicht dem Staat überlassen – Antifaschismus machen wir lieber selbst!

Seitdem aufgedeckt wurde, dass der Verfassungsschutz über die militante Nazigruppe NSU durch mehrere V-Männer gut informiert war, sie sogar schützte, berichten die bürgerlichen Medien über den sogenannten „neuen“ rechten Terror. Die Berichterstattung trieft vor Betroffenheit und Scheinheiligkeit. Prompt fordern die etablierten Parteien einen neuen Anlauf für ein Verbotsverfahren der NPD und versuchen damit die Verstrickung der V-Männer in die militante rechte Szene zu überdecken.

All das, wovon die staatlichen Stellen angeblich nichts ahnen konnten, ist uns schon lange bekannt und wurde immer wieder vorgebracht. Als LINKE sind wir nicht müde geworden, wiederholt auf rechte Strukturen zum Beispiel in Dortmund hinzuweisen. Schon lange fordern wir den Abzug der Geheimdienste aus der NPD, damit ein Verbotsverfahren eine Chance hat. Doch im Kampf gegen den sogenannten „Extremismus“ war den Behörden die Strafverfolgung von Antifaschist/innen stets wichtiger, als die der rechten Schläger und Mörder.

Das alles zeigt: Aufklärung über Nazis von gestern oder heute und ihre Bedeutung für den neoliberalen Staat ist absolut notwendig – sowohl innerhalb, als auch außerhalb unserer Partei. Für eine landesweite antifaschistische Arbeit brauchen wir wieder eine gemeinsame Koordination. Im kommenden Jahr werden wir daher die LAG Antifa neu gründen und laden euch hierzu herzlich ein!

LAG Antifa
DIE LINKE.

Wann: Donnerstag 1. März 2012 | 18.00 Uhr

Wo: Kortumstraße 106 | 44787 Bochum

Mit antifaschistischen Grüßen, Azad Tarhan & Gabi Lenkenhoff

Erste-Hilfe-Kit bei Naziangriffen auf Parteibüros

Schon seit langem werden in regelmäßigen Abständen die Bundestagsbüros von Ulla Jelpke, Andrej Hunko und anderen Abgeordneten angegriffen. Schmierereien, Aufkleberwellen mit Naziparolen, Buttersäureangriffe und eingeschmissene Fensterschreiben sind da noch nicht die Spitze des Eisbergs. Am 15. August 2008 wurde auf das Fenster von Ulla mit einer Zwille geschossen. Wir beobachten eine zunehmende Militanz der NeofaschistInnen insbesondere in Dortmund und dem östlichen Ruhrgebiet.

In den letzten Monaten häufen sich zudem landesweit Überfälle auf Kreisbüros. Ahlen, Dortmund, Duisburg, Hamm, Unna, Kamen, Köln, Aachen, Stolberg, Soest und etliche weitere KVen berichten von mehr oder weniger militanten Übergriffen. In einigen Kreisbüros wurden fast in Wochenabständen Fenster durch Naziangriffe entglast.

Wir wollen euch in einer solchen Situation nicht alleine lassen und haben daher dieses Erste-Hilfe-Kit zusammengestellt. Es enthält Hinweise zu Sofortmaßnahmen für den Fall der Fälle, Präventionsvorschläge, eine Muster-Pressemitteilung und einen Vorschlag wie insgesamt mit der neuen Qualität neofaschistischer Gewalt umzugehen ist.

Eines sollte von Beginn an klar sein: Wir werden den Nazis auf keinen Fall die Straßen überlassen. Wir müssen den politischen Preis für solche Angriffe in die Höhe treiben und Öffentlichkeit gegen Nazi-Attacken herstellen.

Prävention: Was können wir im Vorfeld tun?

Noch vor dem Büroeinzug

Ihr sucht gerade ein neues Büro? Dann achtet bereits jetzt darauf, dass die Voraussetzungen für Naziangriffe schlecht sind. In der Regel werden wir unsere Büros an belebten Plätzen oder Straßen eröffnen, wo regelmäßig Laufkundschaft vorbei kommt. Wir wollen die Menschen in unsere Räume einladen und wir nutzen hierfür auch Präsentationsfläche in Ladenlokalen oder Bürofenstern. Große Glasflächen sind allerdings auch eine Einladung für Steinwürfe von Neofaschisten. Achtet also bereits bei der Auswahl/Besichtigung von Räumlichkeiten darauf, dass breite Glasfronten über Nacht bestenfalls mit einem Rollladen oder zumindest mit einem Sperrgitter gegen Angriffe gesichert werden können. Auch eine Beleuchtung der Fensterfront sollte gewährleistet sein.

Falls solche Dinge nicht installiert sind, verhandelt mit dem Vermieter. In der Regel sind Vermieter eines Ladenlokals froh, ein Mietverhältnis in Aussicht zu haben, das eine pünktliche Überweisung der Miete gewährleistet. Dafür kann von Seiten des Vermieters schon mal für eine ordentliche Beleuchtung oder einen Rollladen gesorgt werden. Ihr solltet dabei natürlich nicht gleich die Pferde scheu machen. Direkt im ersten Gespräch von Nazi-Angriffen zu sprechen könnte den ein oder anderen sehr schnell verschrecken. Bleibt sachlich und verweist auf die Verbesserung allgemeiner Sicherheitsstandards und die ansprechendere Präsentationsfläche im Schaufenster durch eine gute Beleuchtung.

Gibt es Zugänge zu Hinterhöfen über die der Durchgang zum Büro möglich ist, sollte auch hier darauf geachtet werden, dass der Zugang über Nacht gesichert werden kann.

Leider ist von Seiten der Bundestags- und Landtagsverwaltung nur wenig Hilfe bei der Sicherung von Abgeordnetenbüros zu erwarten. Die beschriebenen Sicherungsvorrichtungen werden nur unter immensen Anstrengungen von der Verwaltung unterstützt. Es ist daher um so wichtiger, dass ihr bereits bei der Besichtigung der Räumlichkeiten darauf achtet, den Nazis keine allzu leichte Angriffsfläche zu geben.

Weiter unten haben wir euch eine Liste mit Möglichkeiten der Nachrüstung erstellt, falls das Büro bereits angemietet ist und ihr nachträglich Schutzvorrichtungen installieren wollt.

Glasversicherungen

Für Gewerbeflächen wie beispielsweise Ladenlokale können spezielle Glasversicherungen abgeschlossen werden. In der Regel gehört eine solche Versicherung in die Kategorie „kann versichert werden, muss aber nicht“. Bevor ihr euch für eine solche Versicherung entscheidet, solltet ihr euch unbedingt erkundigen, ob in der normalen Hausratversicherung bereits eine Glasversicherung enthalten ist. Im Fall der Fälle werden durch die Versicherung Glasschäden an Fenstern und Türen, Lichtkuppeln, Glasbausteinen, Profilbauscheiben etc. ersetzt. Achtet darauf, ob auch eventuelle Schäden an Mauerwerk und der Einbau der neuen Fenster o.ä. von der Versicherung übernommen werden. Da es hier schwierig ist generelle Ratschläge zu geben, bitten wir euch, den Vermieter direkt auf eine eventuell bereits bestehende Glasversicherung (enthalten in der Hausrat?) anzusprechen oder bei bekannten Versichrungen nach einem Angebot zu fragen.

In den bereits angegriffenen Büros haben wir die Erfahrung gemacht, dass die ersten drei bis fünf Fenster-Angriffe anstandslos ersetzt wurden. Häufen sich die Angriffe, kann es jedoch zu schwierigen Verhandlungen mit der Versicherung kommen. Dann hilft nur der Einbau von Sicherungen. Die Kosten für eine solche Sicherung – zum Beispiel einen Rollladen sind sehr unterschiedlich und hängen von den Fenstern ab. Ein Rollladen (ca. 4m x 2,30m) hat in einem angegriffenen Büro bspw. 2300 € gekostet. Die kosten können je nach Verwinkelung und Fläche der Glasfront jedoch schnell steigen. Nach der Installation gab es allerdings keine Probleme mehr. Wir können hier nur von Fall zu Fall klären, wie wir euch unterstützen können und bitten dabei um euer Verständnis.

Stellt Kontakt zur Antifa und MirgantInnengruppen her

Als Antifaschistinnen und Antifaschisten in der LINKEN sollten wir bereits Kontakte zur örtlichen Antifa und MirgantInnenorganisationen haben. Falls dies nicht der Fall sein sollte, kann meist unkompliziert per Mail oder besser noch durch den persönlichen Kontakt jemand erreicht werden.

Fragt auch eure ansässige Linksjugend [`solid] oder SDS Gruppe, ob eventuell Austausch besteht und weitet diesen zum Beispiel durch ein gemeinsames Treffen aus. Das gegenseitige Vertrauen kann so vertieft werden. Das gilt selbstverständlich auch für migrantische Organisationen. Vielleicht ist eine Teestube um die Ecke, ein Kultur-Verein eine Straße weiter oder ihr kennt bereits einzelne GenossInnen, die in der migrantischen Linken aktiv sind? Sprecht die GenossInnen dort an und macht darauf aufmerksam, dass unsere Büros vermehrt angegriffen werden. Sie wissen genauso wie wir, was es heißt, solidarisch zu einander zu sein und werden euch im Fall der Fälle helfen. Es ist immer gut, weit

vor einem solchen Angriff Vertrauen und Sensibilität für das Thema aufgebaut und entsprechende

Telefonnummern zur Hand zu haben.

Im Besten Fall kann die Antifa-Struktur vor Ort euch allen einen kleinen Überblick darüber verschaffen, welche NeofaschistInnen bei euch im Kreis ansässig sind und euch über entsprechende Aktivitäten der Szene auf dem Laufenden halten. Nicht selten stolzieren Jünglinge oder SympathisantInnen der NPD in unsere Büros und geben sich als Interessierte aus. Tatsächlich wird aber das Objekt und die Angestellten in Augenschein genommen, um einen Angriff vorzubereiten. Es ist also ratsam, sich die Gesichter der bekanntesten örtlichen NeofaschistInnen einzuprägen. Sollte es tatsächlich dazu kommen, dass einer der NeofaschistInnen bei euch herein stolziert, erkennt ihr diese leichter und könnt so von eurem Hausrecht Gebrauch machen. Wir raten euch, sich nicht auf eine Diskussion mit solchem Besuch einzulassen. Wenn ihr sie erkennt, bittet sie zu gehen. Ihr werdet sie ohnehin nicht bekehren und verhindert so, dass sie die Räumlichkeiten ausspähen, andere GenossInnen ausfragen oder in unseren Räumen bedrohen.

Erstellt eine Telefonliste

Ist erst einmal etwas passiert, sind alle zu Recht aufgebracht, nervös, traurig, eingeschüchtert, voller Wut und vielleicht aktionistisch. Um in einer solchen Stresssituation nicht ad hoc aus dem Bauch heraus reagieren zu müssen, ist es gut eine Checkliste zu haben. Sobald ihr von dem Angriff auf ein Büro erfahrt könnt ihr diese Liste hervorziehen und wisst genau was ihr tun müsst.

Ist ein Schaden entstanden, wie zum Beispiel entglaste Fenster, eingetretene Türen, Buttersäureangriffe oder Sachbeschädigungen anderer Art, sollte als erstes die Polizei informiert werden. Das spätere Aufgeben einer Anzeige gegen unbekannt sollte in Erwägung gezogen werden. Nicht etwa, weil wir uns eine Festnahme erhoffen, sondern um von Beginn an zu dokumentieren, dass wir uns nichts gefallen lassen. Auch gegenüber der Versicherung kann eine dokumentierte Anzeige im Falle von Ersatzleitungen ggf. wichtig werden.

Als nächstes gehören die zentralen AnsprechpartnerInnen im KV und ggf. Ratsfraktion auf die abzuarbeitende Telefonliste. Hierzu gehören Kreisvorstand, Fraktionsvorsitzende, PressesprecherIn, MitarbeiterInnen der Abgeordneten, die evt. am Büro beteiligt sind. Dieser Personenkreis sollte sich im Fall eines Angriffs auf ein Büro gegenseitig informieren und ein schnelles Treffen, wenn möglich noch am selben Tag, spätestens am darauf folgenden Tag vereinbaren, um weitere Schritte zu planen. Informiert auch den Landesvorstand über den Angriff und den Termin eures Treffens. Wir werden versuchen vom Landesvorstand jemanden zu eurem Treffen zu entsenden. Ansprechpartner ist hier Azad Tarhan: azad.tarhan@dielinke-nrw.de

Schließlich sollten SympathisantInnen (Antifa, MigrantInnen, Vereine, örtliche Netzwerke gegen Rechts usw.) auf die Telefonliste, um sie über den Vorfall zeitnah zu informieren. Berichtet den Stand der Dinge und kündigt bereits bei eurem ersten Telefonat an, dass ihr gerne zu einem Treffen einladen wollt, um gemeinsam zu beratschlagen, was weitere Schritte sein könnten.

Zu guter Letzt gehört auch noch die Telefonnummer eines (evt. befreundeten) Handwerksbetriebs auf die Liste, damit ein eingeschlagenes Fenster schnell abgedeckt und die Räumlichkeiten so vor weiterem Vandalismus erst mal provisorisch geschützt werden können. Sind die ersten wichtigen Menschen informiert geht es an die mittelfristige Arbeit.

Was tun nach einem Angriff

Dokumentiert jeden Übergriff!

Jeder Angriff, jede Schmiererei, jede Aufkleberwelle mit Naziparolen sollte mit Foto und Datum dokumentiert werden! Falls Berichte zur Tat vorliegen, sollten auch diese gesammelt werden. Im Verlauf eines späteren Verfahrens oder in der Verhandlung mit der Versicherung kann so nachgewiesen werden, dass man von Beginn an, ein waches Auge auf die Vorfälle hatte. Sprecht also untereinander ab, wer Fotos macht, Dokumente sammelt und Berichte einholt.

Wichtig – wenn etwas passiert ist: geht nicht alleine zum Büro! Je nach Militanz der örtlichen Szene könntet ihr von herumstreunenden Nazis beim Dokumentieren angegriffen oder selbst fotografiert werden. Passt daher auf, wer sich sonst noch für den Vorfall interessiert und geht nicht alleine. Bittet jemanden von der Telefonliste mitzukommen und vergesst euren digitalen Fotoapparat und das Handy nicht!

Geht an die Öffentlichkeit!

Angriffe auf linke Strukturen gehören zum Konzept der Nazis. Im Rahmen des Drei-Säulen-Modells, das u. a. von NPD-Kader Udo Voigt in der Szene verbreitet wurde, suchen sie gerade zu den Kampf um die Straße, den Kampf um die Parlamente und den Kampf um die Köpfe. Der Kampf um die Straße ist für NeofaschistInnen vor allen Dingen ein Kampf um den öffentlichen Raum. Überregional versuchen sie diesen Raum durch Großdemonstrationen in Anspruch zu nehmen. Lokal versuchen sie Andersdenkende aus dem Stadtbild zu verdrängen, ihnen den öffentlichen Raum streitig zu machen und bekämpfen sie teils auch militant. Die angegriffenen Objekte sind dabei bewusst ausgewählt: Schon die nationalsozialistische SA zog in der Weimarer Republik provokativ durch ArbeiterInnenviertel. Heute suchen sich Nazis zum Beispiel linke Szeneviertel, Wohngegenden mit hohem MigrantInnenanteil, alternative Jugendclubs oder eben LINKE Büros aus. Sie wollen dadurch Entschlossenheit, Stärke, Furchtlosigkeit und letztlich auch ihren aggressiven Kampfwillen zur Schau zu stellen. Voigt sieht gerade in den „aktionsorientierten jungen Kräften“ ein wichtiges Gegengewicht zu biederen NPD-Strukturen und begreift auch die militanten Aktionen als Teil einer Gesamtstrategie, im Kampf um die Straße. Auf ihren Internetseiten werden solche Angriffe gefeiert: Auf der Homepage des „Nationalen Widerstands“, können meist zeitnah nach den Angriffen Parolen wie „Demokraten vertreiben“ gelesen werden. Ebenso deutlich wie drohend heißt es in Texten: „langsam aber sicher sollten die Demokraten verstanden haben, dass sie sich entweder komplett verabschieden oder mit weiteren Konsequenzen zu rechnen haben.“

Gerade als LINKE stehen wir in der besonderen Verantwortung aus der Geschichte zu lernen. Nie wieder dürfen wir den FaschistInnen unsere Straßen überlassen! Jeder Angriff auf unsere Büros ist ein Angriff auf die Öffentlichkeit. Nazis wollen einschüchtern, wie selbstverständlich wieder Angst

und Schrecken verbreiten – und das lassen wir nicht zu!

Wir sollten bei unserem Agieren gegen die Nazis immer Verbündete suchen. Naziübergriffe sind nicht nur das Problem der LINKEN! Die gesamte Gesellschaft ist dafür Verantwortlich, dass die FaschistInnen und ihr menschenverachtende Ideologie der Nährboden entzogen wird. Geht daher an die Öf fentlichkeit! Macht publik was passiert ist und informiert über den Nazi-Angriff. Auch wenn wir als Partei oft anti-kommunistischer Hetze ausgesetzt sind, gegen solche Angriffe auf Parteibüros wehren sich auch viele Bürgerliche. „Angriffe auf Parteibüros, das gehört sich nicht“ so denken sicher viele, auch bei SPD und Grünen. Auch Kircheninitiativen, Bürgervereinigungen, Stadtteilbündnisse usw. sollten mit ins Boot geholt werden! Die Chance hier gemeinsam Öffentlichkeit gegen Nazis zu schaffen, ist also nicht schlecht und sollte von uns ergriffen werden.

Wir haben euch hierzu ein Starter-Set zusammengestellt. Im Anhang findet ihr eine Muster-Pressemitteilung, die natürlich an euren konkreten Fall angepasst werden muss. Wichtig hierbei ist, dass ihr versucht, gemeinsam mit bekannten Menschen aus eurem Kreis oder Abgeordneten die PM zu verfassen. Zitate solcher „Promis“ erhöhen die Chance, tatsächlich abgedruckt zu werden.

Hängt ein Plakat ins Schaufenster oder auf die provisorische Spanplatte, das klar macht, was hier passiert ist. Eine Kopiervorlage hierzu findet ihr ebenfalls im Anhang. In vielen Büros gibt es Kopierer die von DINA 4 auf DINA 3 vergrößern können. Druckt euch das Dokument aus, vergrößert es auf DINA 3 und kleistert es gut sichtbar – gerne auch mehrfach (je nach Größe des eingeschmissenen Fensters) auf die Spanplattenabdeckung.

Bei mehrfachen Angriffen oder einem besonders schweren Angriff ist es auch möglich PressevertreterInnen zu einem Gespräch ins Büro einzuladen. Nehmt euch hierzu am Besten Abgeordnete zur Seite, dann ist die Chance, dass die Presse auch wirklich kommt und berichtet größer.

Bei allen öffentlichen Statements solltet ihr immer eines bedenken: Die Nazis wollen, das wir uns verängstigt zeigen. Sie wollen erreichen, dass wir uns zum Beispiel öffentlich von der Antifa distanzieren, weil wir ihnen unsere Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben oder ähnliches. Sie wollen uns aus der Stadt vertreiben und uns zum Umzug zwingen. Sie suchen damit den Kampf um die Straße und wollen diesen gewinnen. Bleibt daher auch in der Öffentlichkeit immer stark und solidarisch und sorgt so dafür, dass Nazis in unseren Städten zurückgedrängt werden!

Anhang

a) Musterpressemitteilung

Unten stehend findet nun die Musterpressemitteilung, die ihr nur noch an euren konkreten Fall anpassen müsst. Die Worte in Klammern sind dabei ggf. zu streichen – je nach dem, wie der Fall bei euch liegt. Durch die großen Letter haben wir die Stellen gekennzeichnet, an denen von euch aktuelle Daten eingetragen werden müssen:

PRESSEMITTEILUNG // DIE LINKE. (Kreisverband)

(Erneuter) Nazi-Angriff auf LINKE-Büro
Die LINKE klagt an: „Frau/Herr Oberbürgermeister: Was muss noch passieren?“

Am vergangenen WOCHENTAG EINTRAGEN wurde das LINKE Büro an der STRASSENNAME EINTRAGEN (erneut?) von Neonazis angegriffen. AN DIESER STELLE EINE KURZE AUFZÄHLUNG DER BEKANNTEN FAKTEN: WANN GENAU/WAS/WER. GERNE MIT WÖRTLICHE REDE. (MAX. 500 ZEICHEN MIT LEERZEICHEN!)

„Es ist unerträglich welcher Spielraum Nazis auch heute noch gewährt wird. Es kann nicht sein, dass von der Stadtverwaltung nach wie vor behauptet wird, es gäbe kein Nazi-Problem in unserer Stadt! Was muss denn noch passieren, bevor aktiv gegen Gewalt von Nazis vorgegangen wird? Warten wir, bis die heutige Rechte wieder wie einst die Nationalsozialisten durch unsere Straßen marschieren? Wenn Parteibüros, alternative Jugendzentren und Antifaschisten angegriffen werden, ist das ein Zustand der nicht hinnehmbar ist“, so XY aus dem Kreisvorstand der LINKEN. (ORT).

Bundestags- /Landtagsabgeordnete NAME, dessen Büro ebenfalls in den Räumlichkeiten ansässig ist erklärt zu dem feigen Anschlag: „Angesichts dieser unverhohlenen Angriffe auf unser Büro, kann die Stadt ihre Augen vor dem Nazi-Problem nicht mehr verschließen. Das wäre ein Schlag ins Gesicht aller Opfer rechter Gewalt. Wir fordern die Stadtverwaltung dazu auf, Programme und finanzielle Mittel gegen rechte Gewalt stärker zu fördern statt zu kürzen. Als Demokratinnen und Demokraten können wir es nicht zulassen, dass Nazis auf unseren Straßen Menschen angreifen. Wir laden alle Menschen, die sich gegen rechten Terror engagieren wollen, dazu ein, mit uns gemeinsam zu beraten, wie wir weiter vorgehen. Ein erstes Treffen findet im RÄUMLICHKEIT ANGEBEN statt.“

Eine Anmerkung zum Ort des Treffens: überlegt, ob ihr dieses in einer Kneipe nebenan oder einer Räumlichkeit in der Nähe machen könnt. Für einige BürgerInnen ist es ein Problem ins LINKE Büro zukommen.

b) Plakatentwurf (siehe nächste Seite)

Dieses Büro wurde von Nazis angegriffen!

Faschisten machen sich in unserer Stadt wieder breit.

Gemeinsam werden wir ihnen entgegentreten.

c) Antifaschistische Link-Liste

AKAB | Antikapitalistische Aktion Bonn
Antifa-KOK | Antifaschistischer Koordinierungskreis Düsseldorf und Umland
AKKU | Antifaschistischer Koordinierungskreis Köln und Umgebung
ALB | Antifaschistische Linke Berlin
ARAB | Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin
aufmucken gegen rechts | antifaschistisches CD-Projekt
Back Up! | Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (Dortmund)
Blick nach rechts | Online Informationsdienst über rechtsextremes Spektrum
Braun raus | Infoportal zum rechten Spektrum im Ruhrgebiet
DISS | Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung / AK Rechts
FORENA | Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus FH Düsseldorf
Indymedia Germany | Netzwerk für unabhängige und unkommerzielle Berichterstattung
Indymedia linksunten | Ableger vom bekannten Indymedia
Kein Bock auf Nazis | Jugendkampagne gegen Rechts
Lotta | antifaschistische Zeitung aus NRW
Netz gegen Nazis | Infoportal gegen Nazis – Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus
See Red | Linke Initiative Düsseldorf
VVN BdA | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen

…diese Liste wird natürlich noch weiter ergänzt!

Kontakt

Azad Tarhan
Jugendpolitischer Sprecher | DIE LINKE. NRW
Tel.: 0208 696915 38
mobil: 0151 152 83 442
Mail: azad.tarhan@dielinke-nrw.de

Sefika Minte
Jugendpolitische Sprecherin | DIE LINKE. NRW
mobil: 0163 55233 17
Mail: sefika.minte@dielinke-nrw.de

Gabi Lenkenhoff | Landeskoordination MdBs
Tel.: 0231 133 6140
mobil: 0172 277 1499
Mail: landesgruppe@dielinke-nrw.de